„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wochenausgabe, 13—52 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 75c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Ein Jahr Weltpolitik

Das zur Neige gehende Jahr 1925 hat vielleicht mehr als jedes andere seit 1918 geoffenbart, daß die Erschütterungen des Weltkrieges, daß die moralischen und wirtschaftlichen Verwüstungen des vierjährigen Völkermordens weit größere Fernwirkungen haben als manche Stimmungspolitiker mit ihrem rosarot aufgetrauten Optimismus uns glauben machen möchten. Wenn von irgendetwas das Dichterwort gilt:

„Das ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortzeugend Böses muß gebären,"

dann gilt es von den gewaltsamen Störungen des Weltfriedens durch die bewaffneten Mächte.

Nur unter diesem Gesichtswinkel können wir einigermaßen den Sinn oder, besser gesagt, den Unsinn der internationalen Lage verstehen. Die Welt ist trotz aller gegenteiligen Behauptungen in zwei große feindliche Heerhaufen geteilt, von denen der eine sich zum Verteidiger der „Errungenschaften" des „Sieges" von 1918 aufwirft und ihn nach besten Kräften für imperialistische und kapitalistische Zwecke auszubeuten sucht, während der andere um das wahre Selbstbestimmungsrecht der Völker, um ihre wirtschaftliche und politische Freiheit in zähem Kampfe ringt.

Werfen wir einen Blick auf die Ver. Staaten! Sie gleichen einem Neureichen, der durch mühelose Spekulationen sich die Taschen gefüllt hat und nun wie ein echter und rechter Geldsack durch großmütige Spenden, die natürlich fette Zinsen abwerfen, sich die ganze Welt zum Freunde und zum Verehrer seines Dollarsackes machen will. Onkel Sam ist der einzige unleugbare Kriegsgewinnler und alle anderen sind nur seine Kostgänger. Er zieht sich, wenn es sich um internationale Verantwortung handelt, gerne in sein Schneckenhaus zurück und überläßt die diplomatische Kaltbalgerei den untergeordneten Instanzen, zu denen auch einige Großmächte zählen, die dann seine Geschäfte in Europa und Asien besorgen und selbstverständlich dabei auch auf ihre Rechnung zu kommen suchen. So sieht der „Sieg" von 1918 aus. Was kümmert es die Großmogule in New York, Washington und gewissen anderen Weltstädten, daß die 14 Punkte Wilsons schon längst zu Vogelscheuchen geworden sind? Was kann es dem „Geschäft" schaden, wenn das übermütige Italien die kerndeutschen, Südtiroler knebelt, wenn in der Tschechoslowakei, in Rumänien und Jugoslawien die feierlich proklamierten Minderheitenrechte täglich mit Füßen getreten werden?

Es ist unausbleiblich, daß eine solche Verblendung sich eines Tages rächen muß. Sowjetrußland wehrt sich mit der Kraft eines schwerverletzten Löwen gegen eine eiserne Umklammerung durch die Fesseln der Tributgläubiger in europäischen und außereuropäischen Metropolen. Ostasien mit China an der Spitze hat im abgelaufenen Jahre mehr als einen Beweis dafür erbracht, daß man dort mit der Bevormundung durch gewisse Mächte ebenfalls nicht einverstanden ist und man es satt hat, sich willenlos am Gängelbande führen zu lassen. Die große Unabhängigkeitsbewegung greift hinüber in die Türkei, von wo aus immer stärkere Bande zu dem ehemaligen Rivalen Rußland geschlungen werden, wo man dem Völkerbundstheater in Genf und den Ansprüchen Großbritanniens auf die Petroleumfelder von Mosul mit trotzigen Mienen und geballter Faust gegenübersteht. In Syrien und Marokko haben Drusen und Riffkabylen zwanzig Mitglied mit den inneren Schwierigkeiten und dem immer näher kommenden Finanzkrach des „Siegerreichen" Frankreich. Aegypten gleicht einem verschütteten Vulkan, in dessen Tiefen noch die Flammen des Aufruhrs brodeln. In Südafrika meldet sich die schwarze „Gefahr". In der britischen Armee und Flotte fallen mehr und mehr Vaterlandsverteidiger der bolschewistischen Seuche zum Opfer.

Angesichts solcher Tatsachen wagen es noch von Gefühlsduseln befangene „Politiker", wagen es geriebene Propagandisten, der Menschheit Sand in die Augen zu streuen und ihr vorzuschwatzen, der Weltfriede sei auf dem besten Wege. Warum? Weil man durch den Dawesplan dem deutschen Volkskörper die letzten Blutstropfen abzapft? Oder weil in Genf ein Völkerbund sich als gefügiges Instrument in den Händen einiger Staatsmänner erweist? Oder weil man in Locarno einige Bogen Papier mit zweideutigen Vertragsartikeln beschrieben, einige herzliche Händedrücke gewechselt und sich gegenseitig verbrüdert hat? Oder weil ein paar hundert britische Soldaten Köln geräumt haben? Wie unbedeutend muß doch all das erscheinen im Vergleich zu den gewaltigen Bewegungen, welche sich lawinenartig über die Welt dahinwälzen!

Der Weltfriede, das Ziel aller Guten und Edlen, kann nicht erreicht werden, wenn man ihn nach den Rezepten und nach den Interessen der einen oder anderen Großmacht organisieren und fundamentieren will. Der Weltfriede, der im Schatten aller und neuer Zwingburgen gezüchtet wird, ist ein kraftloses Gewächs, welches die Stürme der Zukunft nicht überdauern kann. Nur wenn die Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit auch auf das Völkerleben übertragen werden, wenn man allen Nationalitäten allerwärts das Recht auf Selbstbestimmung einräumt, wenn man alle Vergewaltigungen in die Rumpelkammer der Vergangenheit verweist, wenn man in den Schulen aller Länder den Friedensgeist zur Grundlage der Erziehung macht, kann man vom anbrechenden Jahre 1926 einen Fortschritt zum idealen Ziel der Beruhigung und Befriedigung der Welt erwarten. Dazu aber gebe Gott seinen Segen!

Für echten Locarnogeist

In der französischen Zeitschrift „La Volonte" fordert General Percin seine Landsleute auf, in Schulen, bei der Einweihung von Kriegerdenkmälern und bei anderen öffentlichen Gelegenheiten endlich mit der Hetzerei gegen die Deutschen aufzuhören.

Der General erklärt, um zu einer wirklichen Wiedersöhnung mit dem deutschen Volke zu gelangen, müsse vor allen Dingen das Rheinland vollständig geräumt werden. Die Räumung Kölns könne nur ein Anfang sein. Der Friede werde trotz Locarno solange nicht gesichert sein, wie die Besetzung des Rheinlands andauere. Nur wenn das Leben im Rheinland so frei wie möglich gestaltet werde, würde der Pakt von Locarno in den Augen der Deutschen den Charakter der Glaubwürdigkeit erhalten.

Man dürfe hoffen, daß mit der Anwesenheit Deutschlands im Völkerbund auf dem Fuß der Gleichberechtigung mit den anderen Nationen der Widersinn, es im Rheinland als nicht gleichberechtigt zu behandeln, so offenkundig werde, daß die Liquidation der Vergangenheit dadurch erleichtert werde.

Militärisch habe die Besetzung des Rheinlandes keinen Sinn, sondern sie diene nur dazu, auf Deutschland zur Einhaltung seiner Verpflichtungen einen Druck auszuüben. Es handle sich also um eine Verlängerung des Kriegszustandes in Friedenszeiten. Da aber der Locarno-Pakt an die Stelle der bisherigen Sicherheiten getreten sei, müßten diese logischerweise verschwinden. Um den Geist des Gemeinschaftsgefühles, der Eintracht und des Friedens aufkommen zu lassen, dürfe man die Deutschen nicht länger als Feinde von gestern oder als wahrscheinliche Feinde von morgen betrachten, sondern müsse sie ebenso wie die andern Nachbarn behandeln.

Der General macht auf das neuerschienene Buch von Gaston Dupin „Le regne de la bete" aufmerksam, in dem die Kriegsschuldfrage behandelt und nachgewiesen wird, daß Deutschland vor dem Kriege tatsächlich durch die Einkreisungspolitik seiner Nachbarn bedroht gewesen sei. Der General verlangt daher die Abänderung des Artikels 231 des Versailler Vertrages und erklärt: „Es wird nicht eher wirklicher Frieden in der Welt herrschen, als bis Frankreich in dieser Hinsicht einen Sieg über sich davontragen wird. Ein solcher Sieg wird ruhmreicher sein als der Sieg mit der Waffe."

Besiegelung der russisch-türkischen Freundschaft

Rußland hat ein dreijähriges Garantieabkommen mit der Türkei abgeschlossen. Nach den Bestimmungen darf keines der beiden Länder das andere angreifen. Im Falle eines militärischen oder maritimen Vorgehens gegen eine der beiden Parteien bleibt die andere neutral. Keines der beiden Länder beteiligt sich an einem Bündnis oder Abkommen, politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Art, welches eine andere Macht oder verschiedene andere Mächte gegen eine der beiden Kontraktpartien schließen.

Das am 17. Dezember in Paris gezeichnete Abkommen tritt sofort nach Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften der beiden Länder in Kraft. Die Interessen beider Länder, heißt es in dem Schriftstück, erfordern genaue Bestimmungen, um die außergewöhnliche Freundschaft, welche sie vereint, zu festigen. Dem Abkommen sind drei Protokolle angehängt. Das erste läßt beiden Ländern in ihren Beziehungen zu andern Mächten freie Hand, außerhalb der Grenzen der Verpflichtungen durch den jetzigen Vertrag. Das zweite Protokoll erläutern den Ausdruck politisch, wirtschaftlich und finanziell und nach dem dritten unternehmen Rußland und die Türkei Verhandlungen, um ein Mittel zur Regelung von Streitigkeiten zu finden, die auf üblichem diplomatischem Wege nicht beizulegen sind.

Bolschewiki-Schiffe in der britischen Flotte

Der Plymouth-Korrespondent der „Westminster Gazette" in London berichtet, daß kommunistische Strömungen unter den Matrosen an Bord von Kriegsschiffen der britischen Flotte vorhanden sind. Zum Beweis erwähnt er, daß kommunistische Schriften an Bord im Umlauf sind und auf etlichen Kriegsschiffen das Lied „Die rote Fahne" gesungen wurde.

Während der kürzlichen Verhandlung des Strafprozesses gegen Kommunisten in London wurde die Tatsache enthüllt, daß eine rührige Kommunisten-Propaganda in der Armee sowohl wie in der Flotte betrieben wird. Die Admiralität hat an die Mannschaften der Flotte warnende Kundgaben gerichtet, um einer solchen Propaganda entgegenzutreten.

Nach der „Westminster Gazette" haben Matrosen der Flotte erklärt, die Behörden könnten die Verbreitung kommunistischer Flugschriften an Bord der Schiffe nicht verhindern. Der Plymouth-Korrespondent des Blattes will von Mitgliedern der Mannschaft des Kreuzers "Vindictive" gehört haben: „Die "Vindictive" ist eines der Bolschewiki-Schiffe der Flotte."

Wie der Korrespondent weiter berichtet, wurde im Mannschaftsraum unter Deck des Kreuzers "Vindictive" das Lied „Die rote Fahne" gesungen, während kleine rote Flaggen geschwenkt wurden. Mitglieder der Mannschaft des Kreuzers sollen, während das Schiff in Portsmouth lag, auf den Stufen des Rathauses eine Demonstration abgehalten und das Kommunisten-Kampflied gesungen haben.

Von einem Matrosen des Kreuzers wird diese rote Strömung dem Unwillen der Mannschaft über das „tyrannische Verhalten eines hohen Schiffsoffiziers" zugeschrieben. Seitdem habe sich die Lage an Bord etwas gebessert, doch sei der Mannschaft warnend mitgeteilt worden, daß kriegsgerichtliche Aburteilung den Seeleuten droht, die das Lied von der roten Fahne singen.

Die „Westminster Gazette" will erfahren haben, daß der Kreuzer „Vindictive", den ein Mitglied der Mannschaft als „Bolschewiki-Schiff" der Flotte bezeichnet hat, nach ausländischen Gewässern, vermutlich nach dem Fernen Osten, beordert worden ist.

Weltumschau

Deutschland.

Große Enttäuschung macht sich in Regierungskreisen darüber geltend, daß die Signatarmächte des Locarno-Sicherheitspakts immer noch keine Anstalten machen, die Truppen in der zweiten und dritten Besetzungszone zu verringern. Es wird auf die Versprechung des Botschafterrats bezüglich einer „vernünftigen Verminderung" der Besatzungstruppen auf den „normalen" Stand deutscher Garnisonen in der Vorkriegszeit hingewiesen. In gewissen Kreisen wird erklärt, die tatsächliche Ausübung der Besatzung, die immer noch erheblich höher sei, als die frühere deutsche Garnisonstärke, lasse nicht auf die Absicht der Regierungen der Alliierten schließen, die vom Botschafterrat gegebenen Versprechungen einzulösen.

Ueber den Zustand der deutschen Kriegergräber in Frankreich und Belgien wird mitgeteilt: In Frankreich sind bis jetzt rund 400,000 Gräber, das heißt drei Fünftel aller auf französischem Boden befindlichen Grabstätten deutscher Krieger, durch den Direktor des Zentralnachweisamts für Kriegsverluste und Kriegergräber, Geheimen Oberregierungsrat Horning, besichtigt worden. Die Besichtigung hat ergeben, daß die französischen Stellen erhebliche Anstrengungen gemacht haben, die vertragsmäßige Verpflichtung zur Unterhaltung der Gräber zu erfüllen. Die französische Gräberverwaltung unterhält nicht nur die von den deutschen Truppen angelegten Friedhöfe, soweit sie nach den Umbettungen bestehen geblieben sind, sondern sie läßt sich auch die Pflege der von ihr neu geschaffenen Sammelfriedhöfe und Friedhofserweiterungen angelegen sein. Deutscherseits ist aber der Wunsch ausgesprochen worden, daß auf diesen neuen Anlagen möglichst bald die Grabstätten mit Efeu und die Friedhofsanlagen mit einigen Bäumen bepflanzt werden. Nach dieser Richtung hin liegen bereits gewisse Zusagen des französischen Gräberdienstes vor, deren Bestätigung durch die französische Regierung die Herstellung eines würdigen Zustandes der deutschen Friedhöfe gewährleisten würde. Verhandlungen hierüber sind im Gange. Auch in Belgien ist nunmehr der größte Teil der deutschen Kriegerfriedhöfe durch Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in Brüssel besichtigt worden. Dabei hat sich ergeben, daß der überwiegende Teil der Gräberanlagen zu wesentlichen Ausstellungen keinen Anlaß bietet. Insbesondere sind die von den deutschen Truppen im Etappengebiet angelegten schönen Friedhöfe fast durchweg unversehrt erhalten. Noch nicht befriedigend ist hauptsächlich der Zustand der im Gebiete der flandrischen Kampfzone gelegenen Grabstätten. Verhandlungen, die auf eine durchgreifende Besserung in dieser Hinsicht abzielen, sind eingeleitet.

Großbritannien.

Das Unterhaus erteilte nach längerer Debatte der Mosul-Politik der Regierung im Prinzip seine Gutheißung. Nur vier Stimmen wurden dagegen abgegeben. Der vom Premierminister behufs Gutheißung gestellte Antrag gelangte mit 239 Stimmen gegen 4 zur Annahme. Die Laboriten-Gruppe gab ihrer Proteststimmung dadurch Ausdruck, daß sie den Sitzungssaal verließ, nachdem ihre Führer Clynes und Thomas den Premier Baldwin vergebens bestürmt hatten, den Mosul-Antrag zurückzulegen. In seiner ablehnenden Erwiderung erklärte der Premier, es sei durchaus notwendig, daß das Haus noch vor Vertagung zu den Weihnachtsferien sich über die Mosul-Vorlage entschließen sollte.

In der Abendsitzung des Hauses wurde von Premier Baldwin mitgeteilt, es sei Englands Wunsch, daß das Königreich Irak als britischer Mandatsstaat in nachbarlicher Freundschaft mit der Türkei leben solle. In Befolg einer solchen Politik werde er mit dem türkischen Botschafter in London zusammentreffen und die Mosul-Entscheidung des Ligarats besprechen. Des weiteren erklärte der Premier, Englands Verpflichtung im Irak sei nicht für eine bestimmte Zeit von 25 Jahren, sondern, seiner Meinung nach, für einen weit kürzeren Zeitraum, nämlich, bis Irak eine Beständigkeit erlangt habe, die seine Aufnahme in die Völkerliga rechtfertigen würde. Zudem würde Irak selbst gegen einen etwaigen Angriff oder gegen einen Versuch, die vom Ligarat festgelegte Grenze gewaltsam zu ändern, geschützt sein. Dieses würde Aufgabe der Völkerliga sein, da ein Angriff auf die Grenze einer Herausforderung an den Völkerbund gleichkommen würde.

Ein starker Protest gegen die Genfer Abmachungen in Sachen der Mosulfrage wurde von Cecil Harmsworth, der in den Jahren 1919 bis 1922, also in einer Periode, in welcher die britischen Mandate über Mesopotamien und Palästina geschaffen wurden, Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten war, in der „Daily Mail" veröffentlicht. Unter der Ueberschrift „Spiel mit Krieg" sagt Harmsworth: „Meiner Ansicht nach bergen die eben zum Abschluß gebrachten Abmachungen die größten Gefahren, denen sich England seit dem großen Kriege gegenüber befunden hat." Indem er darauf dringt, daß die Regierung aus ihrer gefährlichen Stellung zurücktritt, setzt Harmsworth auseinander, daß es an Verrücktheit grenze, die Verantwortlichkeit für einen fünfundzwanzigjährigen Kampf zwischen Großbritannien und einer furchtbaren Militärmacht oder das Risiko eines solchen zu übernehmen, in einem Augenblicke, wo das Eintreten irgend eines Zwischenfalles einen Krieg zur Folge haben könnte. Er betonte, daß England, wenn es in Mesopotamien Krieg führen müßte, im Nachteile wäre, daß ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit der Türkei wünschenswert sei und ersucht die Regierung, wieder zu der Politik von 1923 zurückzukehren und Mesopotamien aufzugeben, wie dies damals geplant gewesen sei. Er erklärt, daß der Gedanke, daß die Türkei es mit ihren Drohungen nicht ernst meine, Unsinn sei und wies darauf hin, wie oft schon diese Idee zu einem Krieg geführt habe.

Rußland.

Stalin, der Ohmann des Exekutivkomitees der Kommunistenpartei, hat auf dem russischen Kommunistenkongreß eine fünfstündige Rede gehalten, in der er die Stellung der Partei zu den verschiedenen außenpolitischen Problemen der Union sowjetsozialistischer Republiken auseinandersetzte. Besonders Aufmerksamkeit erregte seine Behauptung, daß die Vereinigten Staaten für das bisherige Fehlschlagen aller Bemühungen, einen englisch-russischen Vertrag zustande zu bringen, die Schuld trügen. Er sagt, die Vereinigten Staaten befürchteten, daß dieser geplante Vertrag, in dem man die Schuld zwischen den beiden Ländern, wenn nicht ganz, so doch teilweise aufzuheben gedenke, einen Präzedenzfall bilden könnte, der, wenn er von den Schuldnerstaaten den Vereinigten Staaten angewendet werden sollte, für letztere einen Verlust von Milliarden von Dollars bedeuten würde. Stalin sagte unter anderm: „Während wir noch immer an unserer Verordnung, durch die alle Staatsanleihen aus der Zeit vor der Revolution annulliert wurden, festhalten, sind wir bereit, in dieser Hinsicht England und Frankreich Zugeständnisse zu machen und ihnen einen kleinen Teil der erwähnten Schulden zurückzuzahlen, um gewisse Vorteile für uns zu erlangen. Wir sind auch nicht abgeneigt, frühere Besitzer von Eigentum in Sowjetrußland durch Gewährung von Konzessionen zu entschädigen, unter der Voraussetzung, daß die Bedingungen dieser Konzessionen Rußland nicht unterjochen. Auf einer derartigen Grundlage hatten wir mit dem früheren britischen Premier Ramsay MacDonald ein Uebereinkommen ausgearbeitet, doch dieser Plan wurde von den Vereinigten Staaten zum Scheitern gebracht, die befürchteten, daß sich andere Schuldnerländer auf solche Vereinbarungen als Präzedenzfall berufen könnten." Stalin behauptet in seinen weiteren Ausführungen, die jetzige Konzentration der Finanzmacht der Welt in den Vereinigten Staaten werde schließlich dazu führen, daß Großbritannien von den Vereinigten Staaten um den Besitz der Oelfelder der Welt zu einem Waffengang herausgefordert werden wird.

Obwohl das amerikanische Staatsdepartment und die Sowjetregierung miteinander nicht im Verkehr stehen, haben die Amerikaner in diesem Jahre an Rußland dreimal soviel Waren verkauft als vor der Sowjetzeit. Die amerikanische Einfuhr für das Jahr erreichte einen Wert von $102,000,000, hiervon Baumwolle $50,000,000, Mehl, Getreide und Brotstoffe $33,000,000, Maschinerie und ähnliche Erzeugnisse $14,000,000. Im Vergleich zu 1924 hat sich die Einfuhr aus den Ver. Staaten vervierfacht. Im Wettbewerb mit den Ver. Staaten im Handel mit Rußland stehen England und Deutschland an zweiter und dritter Stelle mit einer Wareneinfuhr im Werte von $75,000,000 resp. $65,000,000. Im Laufe des Jahres 1925 bezifferte sich die russische Ausfuhr nach den Ver. Staaten im Werte nur auf $11,000,000, hiervon $4,000,000 in Manganerzen.

Die Polizei verhaftete in Odessa einen russischen Knaben und seine Begleiterin, ein junges Mädchen, die beide heimlich als Zarewitsch Alexis und Großfürstin Tatiana, gerettete Kinder des ermordeten Zaren Nikolaus, ausgegeben waren. Die Untersuchung ergab, daß der Knabe ein an Fallsucht leidender Sohn eines Mitgliedes einer Monarchisten-Gruppe war und in Begleitung des Mädchens Geld unter der leichtgläubigen Landbevölkerung gesammelt hatte. Ein früherer Zaristen-Offizier namens Moslenko hat eingestanden, daß er die Geschichte von den geretteten Zarenkindern erfunden hatte. Er und seine Gehilfen sowie der falsche Zarewitsch und die falsche Großfürstin Tatiana sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel.

Frankreich

Der vierte Finanzminister, der in den zwei letzten Monaten mit den heiklen Fragen der Staatskasse ringt, ist in Schwierigkeiten. Caillaux, Painleve und Loucheur sind seit Oktober gestolpert. Wie heute verlautet, stoßen die Finanzpläne von Paul Doumer nicht blos in der Finanzkommission der Kammer und im Parlament auf starken Widerstand, sondern sogar das Ministerium ist geteilter Ansicht über ihre Wirksamkeit. Doumer beriet mit dem früheren Premier Herriot, dem radikalen Führer, über die Möglichkeit eines Ausgleichs bei seinen Planen und jenen der Gruppen der Linken. Die Gruppen entwerfen selbst Vorschläge, um den Ministern und den Industriellen von Nord-Frankreich zuvorzukommen, deren Plan für eine geschäftliche Hypothek bereits unter Erwägung ist. Das Volk wird immer gereizter wegen der langen Finanzkrise. In ganz Frankreich finden Protestversammlungen statt. Geschäftsleute drohen mit einem Steuerstreik, wenn das Parlament fortfährt, mit der Frage Politik zu spielen.

Gordon Canning, ein Hauptmann der Reserve in der britischen Armeee, kam von Marokko in Paris an und behauptete, Vollmacht von Abd el Krim zu haben, die ihn berechtigt, Verhandlungen betreffs eines Friedensabschlusses zwischen den Stämmen der Rifioten und Frankreich zu eröffnen.

„Irgend welche Friedensvorschläge, die von Abd el Krim ausgehen, müssen zu gleicher Zeit Spanien und Frankreich vorgelegt werden," sagte Premier Briand am Schlusse der Kabinettssitzung, als er bezüglich Hauptmann Cannings Auftrag befragt wurde.

Der Quai D'Orsay bestreitet, daß Hauptmann Canning von irgend einer mit dem auswärtigen Amte verbundenen Person empfangen werden wird. Es wird erwartet, daß der Abgesandte Krims mit irgend einem Abgeordneten in Verbindung treten werde, der dann die Regierung von der Natur der Bevollmächtigung Cannings und dessen Vorschläge bekannt machen wird.

Ungarn.

25 ungarische Offiziere, die den in der Zwischenzeit verstorbenen ehemaligen Kaiser und König Karl zur Wiedererlangung des ungarischen Königsthrones unterstützten und daraufhin im Jahre 1921 zu längeren Festungsstrafen verurteilt wurden, sollen vom Reichsverweser Horthy begnadigt werden.

Jugoslavien

Die zur kleinen Entente gehörigen Mächte werden in den Tagen vom 15. bis 18. Januar zu Nagusa eine Konferenz abhalten. Es heißt, die Umtriebe der Monarchisten in Ungarn und die Beziehung zwischen Sowjetrußland und den Balkanstaaten sollen besprochen werden.

Tschechoslowakei.

Nachrichten aus Prag melden, daß im Parlament, als Premier Svehla und sein neues Kabinett in der Sitzung erschienen, ein gewaltiger Lärm von Deutschböhmen, Slowaken und Kommunisten verursacht wurde. Die Deutschen forderten, die Massenentlassung von deutschen Zivildienstangestellten einzustellen. Die Kommunisten verlangten die Freilassung eines ihrer erwählten Parlamentsmitglieder, Tausik, der sich derzeit im Gefängnis befindet. Von den Slowaken wurde die Frage einer selbständigen Verwaltung für ihren Landesteil nachdrücklich vorgebracht. Als Premier Svehla dann das Programm der neuen Regierung zu verlesen versuchte, entstand erneuter betäubender Lärm, gefolgt von einer allgemeinen Hauerei. Von der Opposition wurde das Kampflied der deutschen Kommunisten angestimmt, dazu schrillen Pfeiftöne, so daß des Premiers Stimme ungehört verhallte. Die Kabinettsmitglieder waren die Zielscheiben von schweren Zeitungsbündeln als Wurfgeschosse und immer wieder erschallten die Zurufe: „Zurücktreten, zurücktreten!" Den größten Lärm verursachten die Slowaken und die ungarische Nationalpartei, unterstützt von deutschböhmischen Kommunisten.

Zu Beginn der diesjährigen Frühjahrsmesse war eine Bande tschechischer Faschisten in die Gasthausräume des Deutschen Hauses in Prag eingedrungen und hatte von den anwesenden Gästen, besonders Studenten, verlangt, daß sie die Kappen und Bänder ablegten. Als diese sich nicht sofort der Aufforderung fügten, hatten die Banditen auf die Studenten mit Stöcken dreingeschlagen, und erst rasch herbeigeholte Hilfe hatte dem Ueberfall ein Ende machen können. Diese tschechischen Helden hatten sich nun vor dem Landesgericht wegen Hausfriedensbruch zu verantworten. Der Senat sprach jedoch sämtliche Angeklagten von diesem Verbrechen frei, da ihnen „eine böse Absicht nicht nachgewiesen" werden könne.

Türkei.

Die türkische Regierung hat zum ersten Male seit der Entscheidung des Ligarates über das Mosulgebiet ihr Schweigen gebrochen und in der Nationalversammlung durch den Premier Ismet Pascha erklären lassen, daß sie die Rückkehr des Außenministers Rüschdi-Bei aus Genf abwarte, bevor sie irgend welche Interpellationen der Abgeordneten beantworten werde.

Syrien

Depeschen aus verschiedenen entlegenen Kampfabschnitten melden schwere französische Verluste. General Gamelin's Feldzug zur Zerschmetterung der Rebellen nahe Duma mißlang. Seine drei Abteilungen hatten schwere Kämpfe und erlitten erhebliche Verluste. Nach arabischen Berichten gerieten viele französische Soldaten in Gefangenschaft.

Die siegreich zurückkehrenden Rebellen griffen das Selbia Viertel von Damaskus an und entführten zwei französische Offiziere. Der Aufstand im Aleppo-Distrikt greift um sich. Verschiedene Organisatoren wurden aus dem Hauptquartier dorthin gesandt.

Englische Zeugen gegen die deutsche „Kriegsschuld"

Aehnlich wie im verflossenen Sommer in Frankreich ist jetzt auch in England eine Bewegung eingeleitet worden, die sich die Aufhebung der Artikel 227 bis einschließlich 231 des Versailler Vertrages zum Ziel setzt.

Der ungefähre Inhalt dieser Artikel, die sich auf die angebliche Schuld Deutschlands an dem Ausbruch des Weltkrieges und auf die Strafbestimmungen für die „Kriegsverbrecher" bezieht, lautet in deutscher Uebersetzung:

Artikel 227: „Die verbündeten Mächte stellen Wilhelm II., vormaligen deutschen Kaiser, wegen schwerer Verletzung der internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage. Zur Verhandlung gegen den Angeklagten soll ein besonderes Tribunal geschaffen und ihm das Recht der Verteidigung garantiert werden. Es wird sich aus fünf Richtern zusammensetzen, die von den folgenden Mächten ernannt werden sollen: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan."

Artikel 228 bis 230: „Die Deutsche Regierung hat den Verbündeten alle Personen auszuliefern, die ihr auf Grund der Anklage, sich gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges vergangen zu haben, bezeichnet werden."

Artikel 231 (einleitung zum Abschnitt über Reparationen): „Die Verbandsregierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die Verbandsregierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde."

Mehr als 100 Engländer in hervorragenden öffentlichen Aemtern und Stellungen, darunter Universitäts-Professoren, hohe Würdenträger der Kirche und Schriftsteller, erklären, daß sie durch das Vorgehen von 100 Franzosen, die im Juli ds. Js. eine Petition um Ausscheidung der genannten Artikel aus dem Versailler Vertrage veröffentlichten, zu einem ähnlichen Schritt veranlaßt wurden.

In der Petition heißt es:

Wir betrachten diese Artikel, die einer besiegten Nation unter den schrecklichsten Drohungen gewaltsam auferlegt wurden, als einen Ausdruck der damaligen Gemütsverfassung der verbündeten und assoziierten Mächte, die sich jetzt nahezu ganz verflüchtigt hat. Wir glauben, daß diese Artikel offenbar ungerecht waren und ein ernstes Hindernis für die internationale Verständigung bilden. Infolgedessen fordern wir die betreffenden Regierungen auf, diese Artikel ohne Verzug zu ändern oder, wenn eine Aenderung des Vertrages sich als ein zu langsames und schwerfälliges Verfahren erweisen sollte, gemeinsam zu verkünden, daß es ihre Absicht sei, sie nicht länger zu beachten."

Unter den Persönlichkeiten, die die Petition unterzeichneten, werden genannt:

Arnold Bennett, Muirhead Bone, St. John Ervine, St. John Forbes-Robertson, Lady Gladstone, Julian Hurlen, J. Maynard Keynes, Gilbert Murray, George Bernard Shaw, H. G. Wells und Israel Zangwill.

Für die hungernden deutschen Bauern in Bessarabien

Bukarest. — Die deutsche Parlamentspartei und der Verband der Deutschen in Rumänien erlassen einen öffentlichen Aufruf zur Unterbringung der durch die Hungersnot erwerbs- und besitzlos gewordenen deutschen Bauern in Bessarabien, die in der Landflucht ihr Heil suchten. Es sei Pflicht der gesamten deutschen Bevölkerung des Banats, der Bukowina und Siebenbürgens, für baldige Unterbringung der heimatlos gewordenen Volksgenossen in Wirtschaften, Werkstätten und Betrieben zu sorgen.

Wichtig für Auslanddeutsche!

Vom Deutschen Auslandinstitut in Stuttgart wird dem „Courier" geschrieben: Durch Bekanntmachung vom 24. November 1925 ruft die Deutsche Rentenbank die Rentenbankscheine zu 10 Rentenmark — ohne Kopfbildnis — mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923 zur Einziehung auf. Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen noch bis 31. Dezember 1925 in Zahlung gegeben, bei den Kassen der Reichsbank aber bis 30. April 1926 gegen andere Rentenbankscheine oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Mit Ablauf des 30. April 1926 werden die aufgerufenen Rentenbankscheine kraftlos, und es erlischt damit auch die Umtausch- und Einlösungspflicht der Deutschen Rentenbank. An Stelle der durch diese Bekanntmachung aufgerufenen Rentenbankscheine gelangen neue Scheine zu 10 Rentenmark vom 3. Juli 1925 — mit dem Kopfbildnis einer Landfrau — zur Ausgabe.

— Der größte Autokrat der Welt ist heute der Diktator Mussolini in Italien, — er herrscht absolut wie einst die russischen Zaren; er hat eine besondere Leibwache und jede abfällige Bemerkung gegen ihn wird strenger bestraft als dereinst die „Majestäts"-Beleidigungen. — Am Ende des Jahres 1925, sieben Jahre nach dem glorreichen Kriege gegen Autokratie für Freiheit und Demokratie!

* * *

— Klingt es nicht wie ein Märchen aus alten Zeiten, wenn man liest, daß in Colorado ein Postwagen mit sechs Passagieren in einem Schneesturme stecken blieb? Wie lange wird's dauern und die Luftpostwagen werden über die Blizzards hinwegsausen.

* * *

— Die Amerikaner, die als Flieger für die Franzosen Landsknechtsdienste in Marokko verrichteten, haben für ihre „Heldentaten" das Kreuz der Ehrenlegion erhalten. Das geschieht ihnen recht; es ist ungefähr das, was sie verdient haben.